



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24881 - 99
Fernschreiber 0886890

P/IV/23 - 28. Januar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Rundfunkgesetz mit Taktik ? Von Jürgen F. Warner, Referent für Rundfunkpolitik beim Parteivorstand der SPD	65
3	Auch Erhard kam zu spät Bundswirtschaftsminister in Kairo Pressechef Felix von Eckhardt "am Rande"	47
4	Afrikanische Freiwilligenbrigaden ? Der Druck Afrikas auf Europa wächst	31
5	Auch das bezahlt der Steuerzahler Kleiner Beitrag zum Kapitel "Werkzeitungen"	43
6 - 7	Mexikos Weg zur Außenwelt von unseren Korrespondenten in Lateinamerika, Max Diamant	11

* * * *
* * *

Rundfunkgesetz mit Taktik?

Von Jürgen F. Warner,

Referent für Rundfunkpolitik beim Parteivorstand der SPD

Der Rundfunkgesetz-Entwurf, den die Bundesregierung am 27. Januar 1960 dem Bundestag zur ersten Lesung vorgelegt hat, ist für die SPD als ganzes unannehmbar. Nach wie vor treten die Sozialdemokraten in Bund und Ländern dafür ein, auf dem Wege über einen Staatsvertrag die Lösung der offenen Fragen von Rundfunk und Fernsehen zu suchen.

Mit dieser grundsätzlichen Zurückweisung der Schröder'schen Absichten durch den Abgeordneten Heinz Kühn als Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion in der Bundestagsdebatte vom Mittwoch verbindet die SPD konstruktive Vorschläge. Sie fordert den Aufbau zweier selbständiger Anstalten für den Auslandskurzwellendienst (Deutsche Welle) und das überregionale deutsche Repräsentativprogramm (Deutschlandfunk). Sie will ferner ein unabhängiges und überparteiliches Zweites Fernsehen, frei von einseitigen politischen und wirtschaftlichen Bindungen. Die SPD wird, wie Kühn unterstrich, in den jetzt einsetzenden Beratungen der Bundestageausschüsse diese Vorschläge im Detail zur Diskussion stellen und bereit sein, an einer befriedigenderen Lösung mitzuarbeiten.

Für diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei voller Wahrung der grundsätzlichen Standpunkte in den entscheidenden Fragen - nämlich der rechtlichen: Staatsverträge statt Gesetz, und der politischen: Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der neuen Anstalten für Rundfunk und Fernsehen - bietet die Situation, die sich am Mittwoch in der ersten Lesung des Rundfunk-Gesetzesentwurfes herausbildete, einige Ansatzpunkte.

Der Bundesinnenminister zeigte in seinen Formulierungen bei der Begründung des Regierungsentwurfs eine sonst bei ihm unbekannte Zurückhaltung. Wesentlicher aber war, daß er in der Sache zugab, sein Gesetzesentwurf sei nicht mehr als ein Grundriß, der durchaus Verbesserungs- und ausbaufähig sei und erst in den Ausschüßberatungen seine endgültige Form erhalten müsse.

Auf die gleiche Tonlage waren die Ausführungen Hr. Hecks, des CDU-Sprechers, gestimmt. Er gestand zu, daß der Regierungsentwurf nicht geeignet sei, die Kritik der Kirchen an der beabsichtigten Kommerzialisierung des Zweiten Fernsehens zu beseitigen. Er bemängelte das Fehlen von klaren Bestimmungen über dieses Fernsehprogramm und forderte Absicherungen, um den Gefahren eines privatwirtschaftlich organisierten Fernsehsystems zu begegnen.

Sowohl der Innenminister wie der Sprecher der CDU unterstrichen ihre Bereitschaft, den Komplex "Zweites Fernsehen" aus der gesetzlichen Regelung herauszunehmen und das neue Fernsehprogramm durch einen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern zu verwirklichen.

Diese neue Bereitschaft als ehrlich unterstellt, erhebt sich allerdings die Frage, warum denn die Bundesregierung darauf bestand, den Gesetzentwurf überhaupt einzubringen? Das Zweite Fernsehen ist der Zentralpunkt der ganzen Vorlage. An den von der Regierung geforderten Sonderrechten in seinem politischen Programm, an der vorgesehenen einseitigen Zusammensetzung der Aufsichtsorgane im Regierungssinne, an den kulturellen Gefahren, die von der beabsichtigten Kommerzialisierung des Zweiten Fernsehens drohen, und an der Aushöhlung der Länderrechte durch eine bundesgesetzliche Regelung der ganzen Frage hat sich vor allem der erbitterte Streit der letzten Monate entzündet. Er trennt nach wie vor auch die CDU in Bonn von ihren Politikern in den Ländern und sieht Kirchen, Gewerkschaften und SPD auf der gleichen Seite der Barrikade.

Wie sollen die Bundestagsausschüsse eine Vorlage erfolgreich beraten, deren Hauptteil nicht nur derart unstritten ist, von dem sich sogar der Antragsteller selbst distanziert und ihn der vertraglichen Regelung überlassen will?

Diese merkwürdige Taktik zeigt, daß der Gesetzentwurf in erster Linie als ein Schachzug in der Auseinandersetzung der Bundesregierung mit den Ländern gedacht ist. Die Gesetzgebungsmaschinerie wurde in Gang gesetzt, um den Druck auf den Bundesrat zu verstärken. Die Drohung mit einer nahenden gesetzlichen Regelung soll die Länder bestimmen, sich allen Forderungen der Bundesregierung in künftigen Verhandlungen zu beugen.

Diese Rechnung wird aber nicht aufgehen. Heinz Kühn wies in der Bundestagsdebatte am Mittwoch darauf hin: Der gegenwärtige Entwurf der Bundesregierung ist bereits tot, seitdem ihn der Bundesrat am 13. November einstimmig ablehnte und ihn als staatspolitisch gefährlich und rechtlich unzulässig bezeichnete. + + +

Auch Erhard kam zu spät

ED. -- Die Reise des Bundeswirtschaftsministers in die Vereinigte Arabische Republik wird im In- und Ausland mit zwiespältigen Gefühlen aufgenommen. Während die westlichen Nachbarn der Bundesrepublik, insbesondere Großbritannien, ein leichtes Mißtrauen ob eines "deutschen Sprunges" in den Nahen und Mittleren Osten hegen - natürlich ohne daß sich solche Empfindungen direkt in offiziellen Verlautbarungen niederschlagen -, sehen einflußreiche politische Kreise in den arabischen Ländern darin nichts anderes als ein verspätetes "Um-Gut-Wetter-bitten" der Bonner Regierung, verbunden mit dem Versuch, durch handelspolitische Geschenke an die arabische Welt eine Verlängerung des Akzepts der Hallstein-Doktrin zu erlangen. Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß auch nur die entfernteste Wahrscheinlichkeit solcher Überlegungen schwerwiegende Konsequenzen für die Handlungsfreiheit einer frei gewählten deutschen Regierung haben kann.

Das Verhältnis der Bundesrepublik zur arabischen Welt war immer sehr gespalten. Der Grund hierfür aber lag nicht - wie zum Teil offiziöse Stellen in Bonn immer wieder durchblicken lassen - in der Herstellung der Kontakte mit Israel, auch nicht in der Wiedergutmachungsleistungen, sondern ist einzig und allein in der schlechten, mitunter schleppenden Interpretation der deutschen Politik in der arabischen Welt durch die offiziellen Bonner Stellen zu suchen.

Wenn heute Kreise, die der Regierung Adenauer nahestehen, ihre Besorgnis über eine Verschlechterung des deutsch-arabischen Verhältnisses äußern, so sollen sie die Ursachen beim Lenker der deutschen Politik suchen, sich nicht aber über die angeblichen "objektiven Umstände" aufregen.

Auf der anderen Seite wirken überstürzte Bekundungen des Bonner Freundschaftswillens zu Kairo und anderen Hauptstädten östlich von Zypern in der westlichen Welt anstößig, besonders, wenn wirtschaftliche Rivalitäten zwischen den einzelnen Staaten des Westens hierbei noch eine Rolle spielen.

Man wird den Gedanken nicht los, daß Bonn sich allmählich zwischen zwei Stühle gesetzt hat. Weder glaubt man ihm im Westen die "Uneigennützigkeit" einer möglichen Wirtschaftshilfe an die VAR im Sinne gemeinsamer westlicher Anstrengungen für Entwicklungsländer, noch wird man sich in der arabischen Welt genötigt sehen, die Bonner "Verspätung" diplomatisch-äusserpolitisch zu honorieren.

Hinzu kommt noch, daß Staatssekretär und Bundespresseschef Pelix von Eckardt etwa um die gleiche Zeit, da Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard in Kairo aufkreuzt, ausgerechnet die deutschen Botschaften und Konsulate in denjenigen Länder "inspiziert", die mit der Vereinigten Arabischen Republik nicht gerade die besten Beziehungen unterhalten. Was man sich bei diesem merkwürdigen Zusammentreffen zweier Reisen in Bonn gedacht haben mag, ist nicht ganz klar. Vielleicht hat wieder einmal das Auswärtige Amt nicht gewußt, wie die Hasen im Bundeskanzleramt und im Bundeswirtschaftsministerium laufen. Möglich ist bei dieser Bundesregierung alles ...

Afrikanische Freiwilligenbrigaden ?

sp - Es ist ganz natürlich, daß die Vorgänge in Algerien alle afrikanischen Völker in äußersten Alarmzustand versetzt haben. Deswegen fand der Vertreter der algerischen Exilregierung auf der all-afrikanischen Konferenz in Tunis begeisterte Zustimmung, als er die unabhängigen Staaten Afrikas aufforderte, die algerische Exilregierung anzuerkennen und die Finanzhilfe für Algerien in den ordentlichen Haushalt der afrikanischen Staaten einzusetzen. Minutenlangen Beifall erhielt der Sprecher der algerischen Exilregierung bei seiner Forderung, ganz Afrika müsse von den USA verlangen, ihre Waffenlieferungen an Frankreich einzustellen. Im Mittelpunkt aber stand die Anregung, jetzt afrikanische Freiwilligenbrigaden aufzustellen und diese an den Brennpunkten des afrikanischen Befreiungskampfes einzusetzen. Auch der Ministerpräsident der algerischen Exilregierung, Ferhad Abbas, hat die Aufstellung internationaler Brigaden für Algerien den Vertretern der afrikanischen Staaten empfohlen.

Dies sind die Vorboten einer allgemeinen afrikanischen Erhebung nicht nur gegen Frankreich. Hier bereitet sich der "Krieg Afrikas gegen Europa" vor, für den Fall, daß es de Gaulle nicht gelingen sollte, seiner Autorität im Sinne seiner Algerienerklärung vom 16. September 1959 Geltung zu verschaffen.

Es ist kaum abzusehen, welche Auswirkungen eine solche Entwicklung für Europa haben würde. Man darf nicht vergessen, daß nicht nur die französische Politik, sondern auch die Politik Belgiens und Großbritanniens im Zusammenhang mit den europäischen Integrationsbestrebungen auch in Afrika stark engagiert ist. Es geht hierbei nicht nur um politische, sondern auch um wirtschaftliche Beziehungen, die der afrikanische Kontinent in die Konstruktion einer integrierten europäischen Wirtschaft (EEG) "einbringen" soll.

Die Vertreter der afrikanischen Staaten, die zur Zeit in Tunis an der all-afrikanischen Konferenz teilnehmen, sind sich durchaus der vielen Möglichkeiten des Druckes auf Europa bewußt.

Auch das bezahlt der Steuerzahler

G.P. - Wirtschaftspolitik wird nicht nur im Kabinett oder im Parlament gemacht, Wirtschaftspolitik macht "man" auch in gewissen Wandelgängen, an Lobbyistenstammtischen oder an der Börse, in den Leitartikeln honorierter Blätter oder hinter sorgsam gepolsterten Ledertüren der Aufsichtsratsvorsitzenden, Vorstandsmitglieder oder Unternehmensverbandssyndici.

Letztere Spezies versteht sich darauf besonders. Und so konnte es nicht ausbleiben, daß die Herren den Plan faßten, ihre - wie sie es nennen - wirtschaftspolitischen Schulungen zu intensivieren. Die Gebiete Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Gesellschaftskunde sollen, so hörte man jüngst, noch stärker als bisher "gepflegt" werden.

Nur: Die Pfleger werden sich anstrengen müssen, wenn sie ihre wirtschaftspolitische Unternehmerpropaganda noch mehr steigern wollen. Sie tun doch schon jetzt allerlei. Denn was sie in den Betrieben heute an propagandistisch gefärbter Wirtschaftspolitik vom Stapel lassen, ist schon staunenswert genug.

Fabelhaft gedruckte, farbig überzuckerte, auf teurem Kunstdruckpapier dargebotene Werkzeitungen und Werkzeitschriften überschwemmen seit Jahr und Tag die Belegschaften. Man sieht manchen Werkzeitschriften an, was Geistes sie sind. Andere bemühen sich - das muß anerkannt werden - auf eine wohlthuende Weise darum, ihre Unabhängigkeit und Objektivität zu bewahren. Insgesamt gesehen ist es doch wohl leider so, daß eine beträchtliche Zahl von Werkzeitungen sich dazu hergibt, jene Fäden weiterzuspinnen, die bestimmte Herrschaften in den Unternehmerzentralen geschickt und vielgewandt anknüpfen.

Preise, Löhne, Kartelle, Arbeitszeit, Renten, Sozialversicherung - das alles wird oft in einem Tonfall abgehandelt, der den Arbeitern und Angestellten unerträglich zu werden beginnt. Man diskutiert nicht sachlich über das Mitbestimmungsrecht. Man diskutiert noch viel weniger sachlich über das Streikrecht. Für die Bemühungen der Gewerkschaften zur Eindämmung der Konzentration wirtschaftlicher Macht und zum Abstoppen der sozialen Demontage hat man in manchen Werkzeitschriften nur hämische Bemerkungen übrig.

Dabei wirft sich die Frage auf: Wer bezahlt das alles? Viele Werkzeitschriften leben von den sogenannten betrieblichen Sozialaufwendungen. Schöne Aufwendungen! Sie leben also zum Teil von vorenthaltenem Lohn. Und zu einem anderen Teil leben sie auch von einer "verständnisvollen" Steuergesetzgebung.

Eben jetzt will man noch weitere Propagandamittel "einsetzen" (wie es so bezeichnend heißt), um die unternehmerische Version von zeitgemäßer Wirtschaftspolitik unter das Volk zu bringen. - Darf man eine Frage stellen? Wer soll das bezahlen? Wiederum der Steuerzahler? Wie wär's, wenn man hier mit den so oft geforderten "Wahhalten" begänne?

Mexikos Weg zur Aussenwelt

Von unserem Korrespondenten in Lateinamerika, Max Diamant

Es ist sicher eine Folge des eindrucksvollen sozialökonomischen Aufstiegs Mexikos im letzten Vierteljahrhundert, dass das Land in der jetzigen entscheidenden Etappe seiner Entwicklung zum ersten Mal den Weg zur Aussenwelt sucht. Nach fünfzig Jahren mexikanischer Revolutionen, einer siegreichen nationalrevolutionären Bewegung, die nacheinander die Herrschaftsbedingungen der Diktatur im Staate, des Grossgrundbesitzes auf dem Lande und das Monopol ausländischer Kapitalisten in der Wirtschaft aufgehoben hat, hat Mexiko endgültig den Zustand überwunden, sozialökonomisch "unterentwickelt" zu sein und hat heute tatsächlich den Status erreicht, ähnlich wie Finnland, zu den "halbentwickelten" oder halb-industriellen Ländern gezählt zu werden. Damit beginnt das bisherige Verhältnis Mexikos zur Aussenwelt erstmalig umzuschlagen,

Erkämpfte Freiheit

Seit Mexiko vor knapp vierhundertfünfzig Jahren von den Truppen des Hernan Cortez für die Aussenwelt "entdeckt" und erobert wurde, war das Land fast ununterbrochen in jeder Beziehung ein Objekt des Eindringens und Vordringens der Aussenwelt. In einem endlosen Zug kamen in das eroberte Land zuerst die Vizekönige, Missionare und königliche Schatzkammerbesitzer und dann nacheinander auch die Glückssüchtigen, die "überzähligen" aus dem Adel, und schließlich auch die Verarmten, Verfolgten und verzweifelten Elemente aus den oberen Schichten. Als mit der zunehmenden "Erschließung" des Landes und dem steigenden Warenstrom schließlich auch eine soziale Verbreiterung des Typs der Mexiko-Fahrer sich durchsetzte, drangen mit den neuen sozialen Elementen auch die neuen Freiheits-Ideen des alten Europas hier immer mehr vor.

So wurde Mexiko das erste Land Lateinamerikas, das in einem kurzen Abstand nur zu Nordamerika, vor hundertfünfzig Jahren erfolgreich den Kampf um die bürgerliche Freiheit und staatliche Unabhängigkeit begann. Aber der Zustand kolonialer und halbkolonialer Abhängigkeit wird weder durch Rechts- noch durch Machtfragen überwunden. So blieb es im Grunde bis in die allerjüngste Zeit bei der einseitigen Richtung im Verhältnis Mexikos zur Aussenwelt. Auch wenn die Zinfuhrwaren im Laufe dieses Jahrhundertes allmählich immer stärker zu den technischen Produkten und Maschinen hinüberwuchsen, auch wenn statt der Glückssüchtigen und Streber in den letzten Jahrzehnten aus dem Ausland erstmalig der Typ des kulturell und technisch qualifizierten Menschen dem Land zuströmte, blieb es dabei, dass die Aussenwelt nach Mexiko kam.

Der Wendepunkt

Jetzt aber hat Mexiko eine bewusste Wende zur Aussenwelt vorgenommen. Sein junger und dynamischer Präsident hat es verstanden, im ersten Regierungsjahr Mexiko City bis zur Kategorie einer der neuen Weltzentren der politischen Touristik zu erheben. Er selbst hat mit der Tradition mexikanischer Staatspräsidenten Schluss gemacht, politische Reisen ins Ausland nur nach vollendeter Amtszeit durchzuführen. In der ersten Etappe auf seinem Entdeckungszug durch die Aussenwelt suchte Lopez Mateos Nordamerika auf, zuerst die USA und dann Kanada. Hierauf folgte während des Besuches von Nikoyan in Mexiko die angenommene Einladung zu einer Gegenbesuche in die Sowjetunion. Dann kam die Ankündigung, dass diese Reise wahrscheinlich mit einer Staatsbesuche in westeuropäischen Ländern zusammenfallen werde. Aber bevor er sich Europa und Russland zuwendet, ging Lopez Mateos auf eine Rundreise durch den südamerikanischen Kontinent,

die jetzige grosse Staatsreise Adolfo Lopez Mateos nach den Hauptstädten der sechs führenden Länder Südamerikas hat nicht nur ausserpolitische Bedeutung. Sieht man tiefer, so sieht es in der Projektion nach aussen ähnlich aus, wie in der inneren Verfassung dieser Länder und fast ganz Lateinamerikas: Mitten im historischen Aufbruch, mitten in der Bewegung und auf dem Wege selbst beraten jetzt die lateinamerikanischen Länder über ihren weiteren Weg. Es macht sich bei den Regierungen und bei den politischen Kräften Lateinamerikas die allgemeine Erkenntnis breit, daß Kampf und Auseinandersetzung keine Werte an sich sind und dass sie nur sinnvoll sind als notwendige Mittel bei der Durchsetzung positiver gesellschaftlicher Aufgaben und konstruktiver Leistungen. Denn sowohl Argentinien wie Venezuela, Kolumbien wie Peru, haben nach schweren Kämpfen erst in den letzten Jahren ihre Diktatoren abgeschüttelt und auch Brasilien und Chile ringen ebenfalls noch darum, von den grossen Wellen der wirtschaftlichen und politischen Widersprüche und Schwierigkeiten nicht überflutet zu werden.

Neue Probleme

Sind erst die äusseren Fesseln der gesellschaftlichen Entwicklung gesprengt, wie sie in der Diktatur und im Feudalismus bis in die jüngste Zeit in Lateinamerika vorherrschten, dann besteht das eigentliche Problem heute darin, die rasche Entfaltung des Landes mit den Mitteln der modernen Technik und Organisation so voranzutreiben, dass die Interessen der sozialökonomischen Expansion nicht zum obersten Gesichtspunkt werden und alles andere unterordnen - den Staat, den Menschen, die arbeitenden Schichten und die Gesellschaft. Die Völker Lateinamerikas sind tief von der Erfahrung beeindruckt, dass hemmungslose Unterordnung unter die Interessen der wirtschaftlichen Expansion auf totalitären Wege offensichtlich zu einer neuen Versklavung des Menschen führt. Das Stalin'sche Russland und seine Imitierung im heutigen China haben den aufsteigenden lateinamerikanischen Völkern anschaulich gezeigt, dass sie selbst ihren eigenen Weg suchen und finden müssen, um sowohl der fröhenkapitalistischen als der totalitären "Lösung" zu entgehen. Denn die historische Erfahrung spricht dafür, dass beide "Lösungen" denselben ausbeuterischen und brutalen Methoden entsprechen, durch rücksichtslose Versklavung des Volkes und Aufopferung ganzer Generationen das ökonomische Wachstum zu erzwingen, den "Mohlstand für die Zukunft" vorzubereiten.

Mexikos historische Chance

Gegenüber den ideologischen Rezepten des Bolschewismus, gegenüber den Methoden Stalins und Mao-Tse-Tungs und auch gegenüber den sprunghaften Versuchen Fidel Castros, quasi über Nacht soziale Wunderlösungen durchzusetzen, hat die mexikanische Revolution auf ihrem fünfzigjährigen Weg aus eigener Erfahrung Stück um Stück, Schritte um Schritte ihres sozialen Programms erarbeitet. Heute kann Mexiko den Ländern Lateinamerikas und den anderen Entwicklungsländern die Botschaft weitergeben, daß der sicherste und solideste Weg zum sozialen Aufstieg dann gegeben ist, wenn als Ausgangspunkt und Mittelpunkt des Prozesses und als seine motorische Kraft nicht etwa die Anhäufung von Reichtum oder die rücksichtslose Begründung einer überlegenen Schwerindustrie gelten - sondern die allseitige Entfaltung der Produktivkräfte des Landes und aller seiner sozialen Schichten.

In diesem Sinne ist Mexikos Zug zur Aussenwelt aber nicht bedingt durch den Willen nach Selbstbetätigung, sondern eher durch ein Streben nach Selbstverwirklichung. Mexiko fühlt, daß es in jeder Beziehung über seine bisherige Statue hinauswächst. In der heutigen Welt des immer grösseren und schnelleren Austauschs von Waren, Erfahrungen, Menschen und Ideen tritt Mexiko aus der bisherigen Zurückhaltung und halben Isolierung hinaus. Es braucht Freunde und Verbündete auf seinem weiteren Weg. Mexiko nimmt die historische Chance wahr, seine Freunde und Verbündeten vor allem in Lateinamerika selbst zu finden.

Verantwortlich: Günter Markscheffel